

Kein

Aus dem Inhalt

Der Irak stellt keine Gefahr dar

Eine Analyse zweier ehemaliger UNO-Chefbeamten

von H. von Sponeck und D. Halliday

Wie man einen Krieg verkauft

Über Antiamerikanismus und Krieg

von Arundhati Roy

Argumente gegen einen 3. Golfkrieg

Krieg

Die Zeitung «Kein Krieg», Nr.1, Dezember 2002, wird herausgegeben von der Gruppe Schweiz ohne Armee GSoA und den Grünen Schweiz.

Weitere Artikel, Kundgebungsdaten und Informationen unter www.keinkrieg.ch.

Spenden sind sehr willkommen: PC 87-595926-6 (Zeitung «Kein Krieg, Postfach, 8031 Zürich).

Nein zum Krieg – für zivile Lösungen!

Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, dieses Blatt in den Händen halten, fallen im Irak vielleicht bereits Bomben. Denn es scheint klar, dass auch nach der Verabschiedung einer Resolution durch die UNO und der Entsendung von UNO-Waffeninspektoren in das bedrohte Land der geplante Krieg der USA nicht vom Tisch ist. Im Gegenteil: Die weiter verstärkten Truppenverschiebungen in Richtung Mittleren Osten bilden ein Damoklesschwert, das beim geringsten Anlass fallen soll. Denn die Interessen der USA zielen nicht auf eine Verbesserung der politischen und humanitären Lage im Irak hin, sondern auf die Durchsetzung von wirtschaftlichen und strategischen Interessen. Der drohende Krieg gegen Irak ist kein Krieg für Menschenrechte oder für Abrüstung, sondern einer für Öl – dies zeigt der nebenstehende Text zweier ehemaliger UNO-Diplomaten. Mit diesem Hintergrund steht der Krieg gegen Irak aber nicht alleine: Wie der Artikel von Arundhati Roy zeigt (Rückseite), werden Kriege heute zur militärischen Absicherung von wirtschaftlichen Interessen geführt. Dieser Machtpolitik stellen wir – zusammen mit vielen anderen Friedensorganisationen und Einzelpersonen überall auf dieser Welt – die Forderung nach zivilen Lösungen und das Engagement für eine gerechtere Welt entgegen. Frieden lässt sich nicht herbeibomben, sondern kann nur erreicht werden, wenn man sich auch um die Ursachen von Konflikten kümmert.

Die HerausgeberInnen

Die Sanktionen sind mörderisch – ein Angriff auf das Land wäre verbrecherisch Der Irak stellt keine Gefahr dar

Hans von Sponeck/Denis Halliday*

Eine bedeutende Veränderung der amerikanischen Politik gegenüber Irak wird vorbereitet. Es ist offensichtlich, dass Washington die zum Selbstzweck gewordene Eindämmung des irakischen Regimes beenden und zu einer Politik übergehen will, deren Ziel die gewaltsame Ablösung Saddams Husseins und seiner Regierung ist. Während dieser Übergang stattfindet, muss daran erinnert werden, dass die derzeitige Politik der Wirtschaftssanktionen verheerende Auswirkungen auf das irakische Volk hatte, eine Gesellschaft zerstörte und den Tod Tausender alter wie junger Menschen verursachte.

«Es gibt eine Zeit, da Schweigen Verrat ist. Diese Zeit ist jetzt...»

Die Urheber einer solchen Politik dürfen nicht länger annehmen, ihre Wähler damit zufrieden stellen zu können, dass sie jene verächtlich machen, die vor weiteren Verfehlungen warnen. Die breite Öffentlichkeit ist keineswegs unfähig, «grössere Zusammenhänge» zu verstehen wie die ehemalige Aussenministerin Madeleine Albright gern nahe legt. Im

Gegegnung. Diese Zusammenhänge werden – sehr zur Frustration Washingtons und Londons – von den Normalbürgern gut verstanden. Wie könnten wir auch Henry Kissingers brutal offenes Eingeständnis vergessen, dass «Öl eine zu wichtige Ware sei, um sie in den Händen der Araber zu lassen». Wie lange noch glauben demokratisch gewählte Regierungen damit durchzukommen, dass sie eine Politik rechtfertigen, die ein Volk für etwas bestraft, was es nicht getan hat? Wie lange noch will man umfassende Wirtschaftssanktionen aufrechterhalten, die Zivilisten treffen; wie lange noch Leben zerstören in der Hoffnung, dass jene, die übrig bleiben, sich erheben, um das Regime zu stürzen?

* Hans von Sponeck war ab Herbst 1998 Koordinator des humanitären UN-Hilfsprogramms für den Irak – als Nachfolger des Ko-Autors Denis Halliday, der das Handtuch geworfen hatte. Im Februar 2000 trat er aus Protest gegen eine Fortdauer der Sanktionen zurück.

Ist internationales Recht nur auf Verlierer anwendbar? Dient die Sicherheit der Vereinten Nationen nur den Mächtigen? Professor Richard Falk von der Princeton University fragte unlängst, ob die westliche Welt an politischer Amnesie leide. Es sieht so aus. Wir denken jedoch, dass dem nicht so ist. Grossbritannien und die USA wissen als ständige Sicherheitsratsmitglieder ganz genau: Das UN-Embargo funktioniert nur, weil es die UN-Menschenrechtskonvention, die Genfer und die Haager Konventionen sowie andere internationale Gesetze bricht. Es ist weder anti-britisch, noch anti-amerikanisch, darauf hinzuweisen, dass Washington und London in den vergangenen zehn Jahren mehr als alle anderen dazu beigetragen

haben, im Irak ein weiteres Kapitel der Geschichte vermeidbarer menschlicher Tragödien zu schreiben.

Die Regierungen Grossbritanniens und der USA haben nach dem Golfkrieg 1991 vorsätzlich eine Strafpolitik gegenüber Irak verfolgt. Beide waren stets dagegen, dass der UN-Sicherheitsrat seiner Verpflichtung nachkommt und die Wirkungen der eigenen Sanktionen auf die Zivilbevölkerung überprüft. Im Januar 1999 musste der Präsident des UN-Sicherheitsrates diesen an sein Überprüfungs-Mandat erinnern. Wir wissen von dieser ernsthaften Unterlassung aus erster Hand, da beide Regierungen wiederholt versuchten, uns davon abzuhalten, den Sicherheitsrat zu unterrichten.

Wir haben die Folgen vor Ort gesehen. Die unbequeme Wahrheit ist, dass der Westen das irakische Volk als Geisel hält, um dessen Führer zur Erfüllung ständig wechselnder Forderungen zu zwingen.

Der jüngste Bericht des UN-Generalsekretärs vom 31. Oktober 2001 bezeichnet die Blockierung humanitärer Hilfsgüter im Wert von vier Milliarden Dollar durch Washington und London als Haupthindernis bei der Umsetzung des «Öl-für-Nahrungsmittel-Programms». Im Gegensatz dazu wird die Verteilung der Hilfsgüter durch die irakische Regierung als äusserst zufriedenstellend bezeichnet. Das war auch so, als wir dieses Programm leiteten.

Fortsetzung auf der Rückseite

Wie man einen Krieg verkauft

Jeden Monat sterben im Irak durchschnittlich 5000 bis 6000 Kinder an Unterernährung, verseuchtem Wasser und weil Medikamente fehlen. Dafür ist nicht Bagdad verantwortlich, sondern die verzögerte Freigabe von Ausrüstungen und Materialien durch die USA und Grossbritannien.

Was wir vorlegen, sind unbestreitbare Fakten, die uns als ehemaligen Insidern bekannt wurden. Wir sind empört darüber, dass das irakische Volk den Preis für einträgliche Waffengeschäfte und Machtpolitik zahlt. Wir erinnern uns der Worte Martin Luther Kings, der in den späten Sechzigern sagte: «Es gibt eine Zeit, da Schweigen Verrat ist. Diese Zeit ist jetzt...» Wir möchten aufrichtige Menschen überall auf der Welt ermutigen, leidenschaftlich zu protestieren gegen skrupellose politische Praktiken und schreiende Desinformation über den Irak. Sie kommt von Leuten, die es besser wissen, aber nicht davor zurückschrecken, mit falschen, heimtückischen Argumenten die Existenz eines Volkes zu opfern.

Wir sind entsetzt über die reale Möglichkeit eines neuen Krieges gegen den Irak unter Führung der USA. Die Konsequenzen sind zu ernst, als dass die Weltgemeinschaft sie ignorieren könnte. Wir hoffen, dass die Warnungen politischer Führer im Nahen Osten sowie von uns allen, denen Menschenrechte nicht gleichgültig sind, von der US-Regierung nicht einfach in den Wind geschlagen werden. Heute mehr denn je ist Ungerechtigkeit unser aller Feind, nicht das irakische Volk.

Beide hier abgedruckten Texte sowie weitere Texte sind ungekürzt unter www.keinkrieg.ch nachzulesen oder gegen ein adressiertes Couvert erhältlich bei:

«Kein Krieg»
Postfach,
8031 Zürich



*Arundhati Roy, indische Politaktivistin und Schriftstellerin

Jene, die in den letzten Wochen Kritik an der amerikanischen Regierung geübt haben, wurden des Antiamerikanismus bezichtigt. Dieser Begriff erhält gegenwärtig die Weihen einer Ideologie. Gewöhnlich verwendet das amerikanische Establishment diese Bezeichnung, um seine Kritiker zu diskreditieren und ihnen ein (nicht völlig falsches, eher: ungenaues) Etikett zu verpassen. Sobald jemand als Antiamerikaner abgestempelt ist, kann der Betreffende damit rechnen, umstandslos verurteilt zu werden, und sein Argument wird im Aufschrei eines verletzten Nationalstolzes untergehen.

Was bedeutet Antiamerikanismus? Dass man nicht gern Jazz hört? Dass man gegen Meinungsfreiheit ist? Dass man nicht für Toni Morrison oder John Updike schwärmt? Bedeutet es, dass man die Hunderttausende von Amerikanern nicht bewundert, die gegen Atomwaffen demonstriert haben? Oder die Tausende von Kriegsdienstverweigerern, die ihre Regierung zwangen, sich aus Vietnam zurückzuziehen? Bedeutet es, dass man alle Amerikaner hasst? Diese raffinierte Vermengung von amerikanischer Musik, Literatur, der atemberaubenden Schönheit des Landes, den einfachen Vergnügungen der einfachen Leute mit der Kritik an der Aussenpolitik der amerikanischen Regierung ist eine bewusste und ausserordentlich wirkungsvolle Methode. Es erinnert an eine zurückweichende Truppe, die in einer dichtbevölkerten Stadt Unterschlupf sucht, in der Hoffnung, der Feind werde aus Sorge vor zivilen Opfern von einem Beschuss absehen.

Viele Amerikaner wären verärgert, wenn man sie mit der Politik ihrer Regierung identifizierte. Die nachdenklichsten, schärfsten, bissigsten und geistreichsten Kommentare über die Heuchelei und die Widersprüche der amerikanischen Politik stammen ja gerade von den Amerikanern selbst. (Auch in Indien wären Millionen Menschen beschämt und beleidigt, wenn sie mit der faschistischen Politik der gegenwärtigen Regierung identifiziert würden.)

Jemandem Antiamerikanismus vorzuwerfen ist Ausdruck eines Mangels an Phantasie, der Unfähigkeit, die Welt anders zu sehen als in der vom Establishment vorgegebenen Weise: Wer nicht gut ist, ist böse. Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen. Auch ich habe im letzten Jahr nach dem 11. September den Fehler gemacht, über diese Rhetorik zu spotten, sie als töricht und arrogant abzutun (F.A.Z. vom 28. September 2001).

Mir ist klargeworden, dass das nicht zutrifft. Tatsächlich handelt es sich um eine raffinierte Werbekampagne für einen irrigen, gefährlichen Krieg. Immer wieder stelle ich erstaunt fest, wie verbreitet die Ansicht ist, dass man den Krieg in Afghanistan nicht kritisieren dürfe, weil das einer Unterstützung des Terrorismus gleichkäme. Nachdem das ursprüngliche Kriegsziel – Bin Ladin gefangenzunehmen – fehlgeschlagen ist, wird nun von anderen Absichten gesprochen. Jetzt heisst es, der Krieg sei geführt worden, um das Taliban-Regime zu stürzen und die afghanischen Frauen von der Burqa zu befreien. Wir sollen also glauben, dass die amerikanischen Soldaten in feministischer Mission unterwegs sind. (Wird ihr nächster Einsatz sie dann nach

* Die indische Schriftstellerin und politische Aktivistin Arundhati Roy, geboren 1960, gilt nicht nur wegen ihres weltbekanntesten Romans «Der Gott der kleinen Dinge» als wichtigste Autorin des Subkontinents. Immer wieder hat sie die Wut vieler Menschen im Atomgürtel Indien/Pakistan auf die Vereinigten Staaten geschildert und die Taten und Qualen der Globalisierung in ihrem Land angeprangert. Dieser Artikel ist zuerst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung FAZ erschienen.

Saudi-Arabien führen, dem militärischen Verbündeten Amerikas?)

In Indien gibt es ziemlich üble soziale Verhaltensweisen – gegenüber den «Unberührbaren», gegenüber Christen und Muslimen, gegenüber Frauen. In Pakistan und Bangladesch werden Minderheiten und Frauen noch schlimmer behandelt. Sollten diese Länder deshalb bombardiert werden? Der Horror des 11. September verfolgt die Menschen natürlich, vor allem in Amerika. Schmerz und Wut sind noch immer gross. Trotzdem wissen alle, die einen Angehörigen verloren haben, dass kein Akt der Vergeltung ihren Schmerz lindern oder ihre Toten zurückbringen kann. Krieg kann die Toten nicht rächen. Krieg ist nur eine brutale Entweihung des Gedenkens. Denn einen neuen Krieg (gegen den Irak) zu entfachen, indem man die Trauer manipuliert, sie für Fernsehsondersendungen zurechtmacht, die von Waschmittel- oder Sportschuhherstellern gesponsert werden, heisst, diese Trauer zu entwerten. Es zeigt, dass die intimsten Gefühle der Menschen rücksichtslos für politische Zwecke geplündert werden.

Die amerikanische Regierung sagt, Saddam Hussein sei ein Kriegsverbrecher, ein brutaler Militärdiktator. Das ist eine durchaus zutreffende Beschreibung des Mannes, der 1988 Hunderte von nordirakischen Dörfern bombardieren und Tausende von Kurden hinmetzeln liess. Heute wissen wir, dass die amerikanische Regierung ihm im selben Jahr fünfhundert Millionen Dollar zum Ankauf amerikanischer Agrarprodukte zur Verfügung stellte. Ein Jahr später, nach erfolgreich abgeschlossenem Völkermord, erhöhte sie ihre Hilfe auf eine Milliarde. Ausserdem lieferte sie Anthrax-Erreger sowie Helikopter und Material, das auch zur Produktion von chemischen und biologischen Waffen eingesetzt werden konnte. Es stellt sich also heraus, dass in jener Zeit, in der Saddam seine übelsten Massaker verübte, die amerikanische und die britische Regierung seine engsten Verbündeten waren. Was hat sich seit her geändert?

Im August 1990 überfiel Saddam Kuwait. Seine Sünde war nicht so sehr, dass er eine kriegerische Handlung unternommen, sondern dass er auf eigene Faust gehandelt hatte. Schon allein diese Demonstration von Unabhängigkeit brachte das Gleichgewicht der Kräfte am Golf durcheinander. Also beschloss man, Saddam zu beseitigen, so wie man sich eines Haustiers entledigt, das man nicht mehr mag. Und doch ist Saddam noch immer an der Macht.

Nun, zwölf Jahre später, kurbelt Bush jr. diese Rhetorik wieder an. Er fordert einen Krieg, dessen Ziel ein Regimewechsel im Irak sein soll. (...) Von «dem zwecklosen Moralisieren der Friedenslobby» sollte man sich nicht irritieren lassen, schrieb Sicherheitsberater Richard Perle. Notfalls würden die Vereinigten Staaten einen Präventivschlag führen. Die Waffeninspektoren berichten Widersprüchliches über die Situation im Irak. Viele haben erklärt, dass die Massenvernichtungswaffen zerstört seien und der Irak nicht über die Möglichkeiten verfüge, neue zu bauen.

Was aber, wenn der Irak tatsächlich eine Atombombe besitzt? Würde dies einen Präventivschlag rechtfertigen? Amerika hat das weltweit grösste Atomwaffenarsenal, und es ist das einzige Land der Welt, das Atomwaffen gegen eine Zivilbevölkerung eingesetzt hat. Wenn es für sich das Recht beansprucht, einen Präventivschlag gegen den Irak zu führen, so wäre jede Atommacht berechtigt, einen Präventivschlag gegen eine andere zu führen. Indien könnte Pakistan angreifen oder umgekehrt. Unlängst haben die Vereinigten Staaten erheblich dazu beigetragen, Indien und Pakistan von einem Krieg abzuhalten. Fällt es den Amerikanern so schwer, den eigenen Rat selbst zu

beherzigen? Wer moralisiert hier eigentlich? Wer predigt Frieden und führt gleichzeitig Krieg?

Amerika, nach Präsident Bushs Worten die «friedfertigste Nation der Welt», hat in jedem der letzten fünfzig Jahre gegen irgendein Land Krieg geführt. Und Kriege werden nie aus altruistischen Motiven geführt. Meist geht es um Hegemonie, um Geschäftsinteressen.

Das Gesamteinkommen der Welt ist in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich zweieinhalb Prozent jährlich gestiegen, während die Zahl der Armen um hundert Millionen angewachsen ist. 51 der hundert grössten Wirtschaftsunternehmen sind Firmen, nicht Länder. Das oberste Prozent der Weltbevölkerung verfügt über ebenso viel Einkommen wie die untersten 57 Prozent. Unter dem Dach des Anti-Terror-Kriegs wird dieser Prozess vorangetrieben. Während Bomben fallen, werden Verträge unterzeichnet, Ölpipelines gebaut, Bodenschätze geplündert, Wasservorräte privatisiert und Demokratien geschwächt.

Doch während der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer grösser wird, hat die verborgene Faust des freien Marktes viel zu tun. Multinationale Konzerne, stets auf Profitsuche, sind in Entwicklungsländern auf die Mitwirkung des Staatsapparats angewiesen, auf Polizei, Justizbehörden, mitunter sogar auf das Militär. Die Globalisierung braucht einen internationalen Verbund von loyalen, korrupten, vorzugsweise autoritären Regierungen in den armen Ländern, damit unpopuläre Reformen durchgesetzt werden können. Sie braucht eine Presse, die so tut, als wäre sie frei. Sie braucht Gerichte, die so tun, als sprächen sie Recht. Sie braucht Atombomben, Armeen, strenge Einwanderungsgesetze und Grenzpolizisten, die dafür sorgen, dass nur Kapital, Waren, Patente und Dienstleistungen globalisiert werden – nicht die Reisefreiheit von Menschen, nicht die Einhaltung der Menschenrechte, nicht die Abkommen über das Verbot von Rassendiskriminierung, von chemischen oder atomaren Waffen, über Klimaschutz oder, Gott bewahre, einen internationalen Strafgerichtshof.

Knapp ein Jahr nachdem der Krieg gegen den Terror im zerstörten Afghanistan offiziell für beendet erklärt wurde, gehen immer mehr Länder daran, Freiheiten im Namen der Freiheit und zum Schutz der Demokratie einzuschränken oder aufzuheben. Jede Art von Aufbegehren wird als «Terrorismus» bezeichnet. Der Krieg, darauf hat Verteidigungsminister Rumsfeld hingewiesen, wird geführt, damit die Amerikaner an ihrem way of life festhalten können. Wenn der König wütend mit dem Fuss aufstampft, erzittern die Sklaven.

Es fällt mir schwer, das auszusprechen, aber der amerikanische way of life kann nicht aufrechterhalten werden. Weil diese Lebensform nicht akzeptiert, dass es ausser Amerika noch eine andere Welt gibt. Macht ist glücklicherweise nicht unbegrenzt haltbar. Irgendwann wird dieses mächtige Imperium, wie andere vor ihm, sich übernehmen und implodieren. Schon sind erste Risse zu erkennen.

Der Krieg gegen den Terror wirft seine Netze immer weiter aus, und das Herz der amerikanischen Konzerne blutet. Eine Welt, die regiert wird von einer Handvoll gieriger Banker und Unternehmenschefs, die niemand gewählt hat, kann unmöglich Bestand haben. Der sowjetische Kommunismus ist nicht gescheitert, weil er grundsätzlich böse war, sondern weil er einen Fehler hatte. Zu wenige Leute konnten zuviel Macht an sich reissen. Der amerikanische Kapitalismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts wird aus dem gleichen Grund scheitern.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork.